Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 13.05.2005	
	Schriftführer Herr Kredelbach	Telefon-Nr. 02202/142237

Niederschrift

Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, 10. Mai 2005
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	17:05 Uhr – 19:22 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Öffentlicher Teil A

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2005 - öffentlicher Teil -207/2005
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 5. Bericht der Projektgruppe Stadtmitte; hier: Erste Projektgruppenergebnisse 234/2005
- Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Bergisch Gladbach-Stadtmitte **6.** 233/2005
- 7. Nachtlinienkonzept des RBK 2005

242	/21	าก	5
474	~~($^{\prime\prime}$	J

8. Brandschutzbedarfsplan der städtischen Feuerwehr; Bericht über die Zielerreichung in 2004 240/2005

- 9. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW 239/2005
- 10. Änderung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen;

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 02.03.2005 230/2005

11. Zuschuss zur Förderung von Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit 215/2005

12.1 Bericht aus dem Integrationsbeirat 243/2005

12.2 Veranstaltungs- und Finanzplanung 2005 114/2005

- a) Mitgliedschaft des Integrationsbeirates in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) und
 b) Wahl der Mitglieder in die Gremien der LAGA
 572/2004
- 12.4 Mitgliedschaft des Integrationsbeirates im Arbeitskreis Migration und im Stadtverband für Kunst, Literatur und Geschichte Bergisch Gladbach 573/2004
- 13.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.04.2005 zur Regionale 2010 232/2005
- **Antrag der CDU-Fraktion vom 27.04.2005** 241/2005
- 14. Anfragen der Ausschussmitglieder

B <u>Nichtöffentlicher Teil</u>

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung nichtöffentlicher Teil -
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2005 nichtöffentlicher Teil 208/2005
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4. Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

- 1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>
- @-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist.

Als für die heutige Sitzung relevante Unterlage benennt er die Einladung vom 28.4.2005 mit den dazugehörenden Vorlagen.

<-(a)

- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil -
- **@->** Die Niederschrift wird genehmigt.

<-(a)

- 3. <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2005 öffentlicher Teil -</u>
- @-> Frau Ryborsch nimmt Bezug auf Punkt 6 des Berichts und bemängelt, dass bislang im Hauptausschuss durch den Geschäftsführer der Rheinisch- Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht vorgetragen wurde. Der derzeitige Informationsstand und die bislang von der Gesellschaft erzielten Ergebnisse seien im Verhältnis zum Mittelaufwand zu gering. Sie bittet darum, die Angelegenheit für die Tagesordnung einer der kommenden Sitzungen des Hauptausschusses vorzusehen, damit dort durch den Geschäftsführer über Aktivitäten und Erfolge der Gesellschaft berichtet werden könne.

Bürgermeister Orth antwortet, dass er im Einvernehmen mit Kreisdirektor Wolf einen solchen Vortrag derzeit noch nicht als sinnvoll erachte. Herr Wolf sei allerdings zu einem späteren Zeitpunkt hierzu gerne bereit. Die Gesellschaft sei in ihrer heutigen Organisationsform erst kürzlich begründet worden. Herr Wolf bitte um einen ausreichend großen Zeitraum eigener Verantwortlichkeit, um fundiert berichten zu können. Sinnvoll sei somit eine erneute Behandlung der Angelegenheit erst im kommenden Jahr.

Im Übrigen nimmt der Hauptausschuss den Bericht zur Kenntnis.

<-**(a**)

4. <u>Mitteilungen des Bürgermeisters</u>

@-> Es gibt keine Mitteilungen.

<-(a)

5. <u>Bericht der Projektgruppe Stadtmitte;</u> hier: Erste Projektgruppenergebnisse



Fachbereichsleiter Martmann erläutert in seiner Eigenschaft als Leiter der "Projektgruppe Stadtmitte" im Wege einer PowerPoint-Präsentation die Zielsetzung und die bislang erzielten Ergebnisse der Projektgruppe. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Schneeloch lobt die Vorlage und den informativen Vortrag. Die bisher von der Projektgruppe geleistete Arbeit sei vorbildlich.

Frau Ryborsch schließt sich diesem Lob an. Die interdisziplinäre Vorgehensweise sei ein Garant für Erfolge. Sie hält es für denkbar, den bislang abgedeckten Themenfeldern zu einem späteren Zeitpunkt auch das der Kultur hinzuzufügen. Sie möchte wissen, ob die Finanzierung des im Rahmen der Neugestaltung der Bushaltestelle Markt zu errichtenden Daches gesichert werden könne.

Des weiteren weist sie auf einen ergänzenden schriftlichen Antrag ihrer Fraktion vom 10.5.2005 zur Erarbeitung eines Konzeptes für eine behindertengerechte Umgestaltung der Fußgängerzone hin, über dessen Behandlung man sich noch abstimmen müsse. Sie schlägt vor, zu drei exemplarischen Punkten des Maßnahmenkatalogs bereits heute dezidierte Beschlüsse zu fassen.

Bürgermeister Orth bestätigt den Eingang des von Frau Ryborsch benannten Antrages, weist allerdings auf dessen Verfristung hin. Er schlägt vor, ihn für die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Hauptausschusses am 28.6.2005 vorzusehen. Zur Kenntnisnahme der Ausschussmitglieder werde der Text allerdings bereits der Niederschrift über die heutige Sitzung beigefügt.

Mit dieser Vorgehensweise ist Frau Ryborsch einverstanden.

Hinsichtlich des neuen Daches für die Bushaltestelle Markt befinde sich die Verwaltung in Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde, deren Ergebnis er allerdings nicht vorweg nehmen könne. Er strebe an, mit dem Landrat eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Herr Albrecht möchte wissen, nach welchen Kriterien die Bewertungsmatrix erarbeitet wurde. Die Gewichtung der hier gebrauchten Ziffern 1 bis 5 sei nicht ohne weiteres erkennbar. Im Maßnahmenkatalog selbst fehle eine stärkere Herausstellung des Bereiches obere Hauptstraße/ Odenthaler Straße. Die hier einschlägigen Bebauungsplanverfahren seien zwar aufgeführt, jedoch halte er eine konkrete Benennung für notwendig. Das gleiche gelte auch für das im Bereich der Straße An der Gohrsmühle zu errichtende Parkhaus als Ersatz für die künftig im Bereich Buchmühle entfallenden Stellplätze. Notwendig sei es, nach Durchführung der Maßnahmen für die Stadtmitte auch an die Probleme in den Stadtteilen Refrath und Bensberg heranzugehen.

Fachbereichsleiter Martmann betont, dass die Stadt für den Fall der Realisierung eines Projektes an der unteren Hauptstraße die Möglichkeit habe, eigene Grundstücke gewinnbringend einzusetzen. Im Rahmen der neu zu gründenden Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Bergisch Gladbach-Stadtmitte bestehe die Absicht, 40

Prozent der einzubringenden Fremdmittel von den beigetretenen Einzelhändlern und Immobilieneigner einzuwerben. Im Übrigen stehe die Umsetzung der angedachten Maßnahmen unter außerordentlich schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Auf Grund der Übergangswirtschaft dürften freiwillige finanzielle Leistungen nicht erbracht werden. Ob Mittel aus Grundstückserlösen in Maßnahmen für die Stadtmitte eingebracht werden dürften, hänge von der weiteren Entwicklung des städtischen Haushaltes ab.

Innerhalb der von Herrn Albrecht thematisierten Bewertungsmatrix bedeute die 1 " nicht besonders wichtig/unwichtig" und die 5 " äußerst wichtig/starke Gewichtung". Der Einsatz der Ziffern hänge von der jeweils zu beantwortenden Frage ab. So stehe die 5 hinsichtlich des Zeitraumes der Umsetzung einer Maßnahme für eine kurzfristige Umsetzungsmöglichkeit und die 1 für eine lediglich langfristige. Jede einzelne vorgenommene Gewichtung sei innerhalb der Projektgruppe sehr ausführlich diskutiert worden. Endgültig werde über die Priorität der Einzelmaßnahmen erst dann zu befinden sein, wenn ihre Finanzierung im zuständigen Fachausschuss zur Diskussion stehe. Insoweit sei die Bewertungsmatrix nicht feststehend, sondern variierbar.

Frau Schmidt-Bolzmann lobt die hohe Konkretisierung der dargestellten Maßnahmen. Die Beibehaltung der heutigen Busstation Markt sei außerordentlich wichtig, da diese in den mehr als 10 Jahren ihres Bestehens von der Bevölkerung sehr gut angenommen wurde. Der Zustand der Straße in ihrem Bereich resultiere aus deren starker Frequentierung durch die Linienbusse.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für Herrn Schütz auf der zukünftigen Verkehrsplanung. Hierzu gehörten auch die Schaffung weiteren zusätzlichen Parkraumes im Bereich des Driescher Kreuzes (Parkhaus oder Stellplätze), die Realisierung eines zusätzlichen Kreisels im Bereich Hauptstraße/ Odenthaler Straße, die Einrichtung eines Verkehrsleitsystems sowie eine verstärkte Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs. Insbesondere letzteres müsse sich in konkreten Maßnahmen stärker niederschlagen. Denkbar sei auch die Schaffung einer so genannten " grünen Welle " im Bereich der Straße An der Gohrsmühle.

Wichtig sei es, den Schwerpunkt der weiteren Entwicklung nicht nur auf die Einkaufsmöglichkeiten zu legen, sondern die Aufenthaltsqualität insgesamt zu verbessern. Hierzu gehöre auch die Schaffung eines umfassenden Gastronomie- und Freizeitangebotes sowie dessen Abrundung durch ein geeignetes ÖPNV- System.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen unter 3f der Vorlage regt er an darauf zu achten, dass durch die Hochschule für öffentliche Verwaltung erarbeitete Ideen für eine Neuordnung des Marktes auch urheberrechtlich umsetzbar seien. Den Brunnen auf dem Konrad- Adenauer- Platz könne man versetzen. Angesichts der desolaten Haushaltslage müsse noch einmal geprüft werden, ob der Austausch des Bodenbelages in der Fußgängerzone tatsächlich unumgänglich sei. Die unzureichende Einwirkungsmöglichkeit der Verwaltung bei der Realisierung des Einkaufszentrums Gladium liege an deren ungeschickter Vertragsgestaltung.

Bürgermeister Orth weist auf die Möglichkeit hin, dass Mitarbeiter der Verwaltung in den Arbeitskreisen der Fraktionen Rede und Antwort stehen. Dies erübrige zeitaufwändige Detaildiskussionen in den Ausschüssen.

Fachbereichsleiter Martmann gibt zu bedenken, dass es sich bei dem Brunnen um ein Geschenk der Paffrather Raiffeisenbank aus dem Jahre 1982 handele, mit dem man sorgsam umgehen müsse. Hinsichtlich des Parkens in der Innenstadt bedürfe es eines Gesamtkonzeptes, welches noch zu erarbeiten sei. In dessen Rahmen werde auch an ein Parkleitsystem gedacht. Der Zwischenbericht sei nur ein Teil dessen, was insgesamt diskutiert wurde.

Hinsichtlich der Realisierung des Gladiums gebe es einen Durchführungsvertrag, dem der Rat zugestimmt habe. Sofern sich neue Entwicklungen ergäben, müsse über seine weitere Anwendung verhandelt werden. Der Freizeit- und Vergnügungsbereich dürfe natürlich nicht außer Acht gelassen werden, um die Stadt künftig mehr mit Leben zu erfüllen. Hierzu gehörten auch kulturelle Veranstaltungen. Voraussetzung sei allerdings ein einheitliches Management, wie es von den Konkurrenten vor allem in Köln bereits gehandhabt werde.

Für Herrn Ziffus ist die Rückkehr zumindest zu einem Haushaltssicherungskonzept eine Voraussetzung für die Durchführung der angedachten Maßnahmen. Hierzu seien auch für bestimmte Gruppierungen ggf. schmerzhafte Beschlüsse notwendig. Er betont, dass es sich bei der Innenstadt auch um einen Lebens- und Aufenthaltsraum handele. Seniorengerechte Wohnungen z. B. seien bereits Bestandteil früherer Planungen gewesen. Zu verwirklichen sei auch die so genannte "Strundeachse", die den Rahmen für kulturelle Veranstaltungen bieten könne.

Die Schaffung zusätzlichen Parkraumes setze eine Aktivierung privaten Kapitals voraus. Dies scheitere allerdings regelmäßig an mangelnder Rentabilität. Rentable Parkplätze ermöglichten erst den Bau eines Parkhauses im Bereich der Straße An der Gohrsmühle ohne städtische Beteiligung. Seiner Auffassung nach sollten neue Parkplätze von denen erstellt werden, die anschließend von ihnen am meisten profitierten. Dies seien ihm benannten Fall die Geschäftsleute des Bereiches Buchmühle und der oberen Hauptstraße.

Er regt an, die künftige Entwicklung der Innenstadt in Abschnitten zu vollziehen. Die Schaffung der o. g. "Strundeachse" dürfe nicht bis zur Regionale 2010 verschoben werden. Ein bestehendes Gutachten unterbreitete bereits jetzt die geeigneten Vorschläge für die Realisierung. Für den Bereich obere Hauptstraße/ Laurentiusstrasse sei es denkbar, erstere unter Einrichtung von Kurzzeit- Parkplätzen für den Individualverkehr in einer Richtung zu öffnen und diesen über zweitere abfließen zu lassen. Hier solle möglichst schnell entschieden werden.

Der Brunnen auf dem Konrad- Adenauer- Platz könne in den Bereich des Rondells im Forum- Park neben den Kinderspielplatz versetzt werden. An seinem jetzigen Standort stelle er eine massive Störung für jede Veranstaltung auf dem Platz dar. Überaus wichtig sei eine Entscheidung darüber, ob auf dem Konrad- Adenauer- Platz künftig eine Gastronomie zugelassen werde. Hierüber lasse sich möglicherweise auch ein neuer Betreiber für den ehemaligen Ratskeller finden. Einzubeziehen in ein Gesamtkonzept sei auch die Paffrather Straße, zumal im Bereich der Einmündung Dr.- Robert- Koch- Straße ein Wohn- und Geschäftshaus mit Gastronomie errichtet werden solle.

Für Herrn Freese war die Einrichtung der Projektgruppe schon auf Grund der bislang erzielten Erfolge äußerst sinnvoll. Er verweist auf die Abrissmaßnahmen in der unte-

ren Hauptstraße und die Schaffung des dortigen Parkraumes. Da das Grundstück Gladium Presseberichten zufolge offenbar zum Verkauf anstehe, ermutige er jeden zukünftigen Investor für diesen Bereich, möglichst schnell etwas zu realisieren. Dort müsse zusätzliche Verkaufsfläche entstehen, um die Kaufkraft in der Stadt zu halten. Ein Projekt analog der KölnArkaden sei in der Stadtmitte allerdings unerwünscht.

Herr Lang bittet darum, künftig alle Vorlagen in der Qualität derjenigen für diesen Tagesordnungspunkt zu erstellen. Hinsichtlich der aktuellen Entwicklung für den Bereich Gladium bittet er Bürgermeister Orth um einen Bericht.

Bürgermeister Orth antwortet, dass es sich in diesem Fall vornehmlich um Verhandlungen zwischen zwei Investoren handele, an denen die Stadt nur mittelbar beteiligt sei. Der hier sich abzeichnende gute Weg sei sicherlich auch den Bemühungen der Projektgruppe zuzuschreiben. Derzeit gebe es keine für die Öffentlichkeit geeigneten offiziellen Informationen. Insoweit habe er der Presseberichterstattung nichts hinzu zu fügen.

Frau Ryborsch möchte wissen, welchen Schritt die Projektgruppe als nächsten zu vollziehen gedenke. Auch sie regt die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes an, das sowohl den öffentlichen Personennahverkehr als auch den Individualverkehr erfasst.

Bürgermeister Orth benennt als nächste anzugehende Maßnahme die Wiederöffnung des Fußgängerüberweges über die Johann- Wilhelm- Lindlar- Straße zum noch bestehenden Bahnhofsgebäude. Damit werde zahlreichen Wünschen entsprochen. Auch werde sich die Benutzerfreundlichkeit des neuen Busbahnhofes verbessern. Fortgesetzt würden auch die Bemühungen im Hinblick auf die Neugestaltung der Bushaltestelle Markt. Hier seien allerdings noch komplizierte Verhandlungen zu führen. Im übrigen werde der Prioritätenkatalog schrittweise abgearbeitet. Eine Einbindung der zuständigen Ausschüsse erfolge jeweils projektbezogen. Zu gegebener Zeit werde der Hauptausschuss mit einem neuen Zwischenbericht befasst, der den Stand der Umsetzung darstelle.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Bürgermeister Orth bedankt sich bei allen Mitgliedern der Projektgruppe Stadtmitte für die bisher geleistete hervorragende Arbeit.

<-(a)

6. <u>Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Bergisch Gladbach-Stadtmitte</u>

@-> Bürgermeister Orth weist auf das Bestreben der Verwaltung hin, die künftige Gemeinschaft kostenneutral für den städtischen Haushalt zu betreiben. Diesem Zweck diene auch die bereits erfolgte Antragstellung auf Fördermittel bei der Bezirksregierung, über die von dieser jedoch noch nicht befunden wurde. Gleichwohl sei der Beschluss des Hauptausschusses notwendig.

Herr Albrecht begrüßt die Einrichtung der Gemeinschaft. Mit ihr würden zum ersten Mal die Immobilieneigner der Stadtmitte in Entscheidungsprozesse mit eingebunden. Künftig könne man auf diesem Weg eine Art "Center- Management" installieren, um das Geschäftszentrum Stadtmitte einheitlich zu dirigieren. Er möchte wissen, ob

neben den Geschäftsleuten, Immobilieneignern und sonstigen Anrainern auch Gruppierungen wie die Interessengemeinschaft Stadtmitte, die Industrie- und Handelskammer, Haus und Grund sowie Handel, Banken und Versicherungen eingebunden werden. Erfreulicherweise solle das Startkapital privat aufgebracht werden. Hier sei zu prüfen, inwieweit die Rheinisch- Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Anspruch genommen werden könne. Diese habe Fonds, aus denen ggf. Fördermittel fließen könnten.

Bürgermeister Orth stellt klar, dass eine vollständige Akquirierung des nicht durch Fördermittel abgedeckten Betrages bei privaten Dritten noch nicht gelungen sei. Daher sei der Hinweis auf eine Einbindung der RBW sehr sinnvoll und werde geprüft.

Hauptadressaten der neuen Gemeinschaft sind nach Darlegung von Fachbereichsleiter Martmann vor allem die Geschäftsleute und Immobilieneigner. Die angesprochenen Interessengemeinschaften und Institutionen seien über den Bereich der Innenstadt hinaus tätig, könnten in Einzelfällen aber mit einbezogen werden. Es sei denkbar, dass die Interessengemeinschaft Stadtmitte künftig in der neuen Gemeinschaft aufgehe. Wichtig sei es, kontinuierlich zahlende Mitglieder zu bekommen, die mit ihrer Beteiligung zu einer Entwicklung der Stadtmitte und damit zu einer Werterhaltung ihrer Immobilien beitragen. Der Antrag bei der Bezirksregierung sei deshalb bereits erfolgt, um sich noch eine Förderung sichern zu können.

Unter Hinweis auf die angedachte inhaltliche Betreuung durch das Büro Dr. Jansen geht Herr Schütz davon aus, dass eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist.

Dies wird von Fachbereichsleiterin Müller-Veit verneint. Eine Pflicht zur Ausschreibung bestehe erst ab 300.000 €. Dieser Aspekt sei aufgrund der Antragstellung bei der Bezirksregierung vorab geprüft worden.

Frau Ryborsch schlägt vor, die künftige Gemeinschaft möglichst klein zu halten und auf eine Beteiligung der bestehenden Interessenverbände zu verzichten. Zu achten sei darauf, dass der Stadt nicht die kostenträchtigen Maßnahmen verblieben und die Geschäftsleute die Gewinne einführen.

Frau Koshofer bewertet die Gründung der neuen Gemeinschaft als außerordentlich sinnvoll. Auf Grund sinkender Vermietungserlöse würden die Immobilieneigner gut beraten sein, sich einzubringen.

Herr Schneeloch verweist auf das angedachte Startkapital von 150.000 € und möchte wissen, ob dieses auch für die Finanzierung eines Personaleinsatzes, insbesondere eines Geschäftsführers, eingesetzt werden solle.

Fachbereichsleiter Martmann antwortet, dass die Gemeinschaft kein eigenes Personal einstellen wolle. Es werde vielmehr eine Beratungsleistung extern eingekauft, die auf zwei Pfeilern stehe. Zum einen werde mit den künftigen Mitgliedern der Gemeinschaft ein Entwicklungskonzept erarbeitet und zum zweiten eine sinnvolle Organisationsform. Letztere sei unabdingbar, um die Gemeinschaft hinsichtlich ihrer zahlenden Mitglieder kontinuierlich zu erweitern und in eine sinnvolle Struktur (Verein, GmbH) einzubinden. Ziel werde sein, den Geschäftsbereich Stadtmitte künftig besser zu managen. Hierdurch werde ein bestehender Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Einkaufszentren ausgeglichen. Diese würden bereits einheitlich gemanagt. Er sei

guter Hoffnung, dass die von Bürgermeister Orth bereits angeschriebenen Einzelhändler und Immobilieneigner auf das neue Modell eingingen. Es gebe bereits eine positive Resonanz.

Herr Dr. Kassner vermisst in der Vorlage Angaben über finanzielle Folgewirkungen. Der dort genannte Betrag in Höhe von 150.000 € werde nur für einen begrenzten Zeitraum die zu gewärtigenden Kosten der Gemeinschaft decken. Er sei überzeugt, dass alleine durch Ausschreibungsmaßnahmen und Mietkosten auch Beträge zu Lasten der Stadt gingen. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, den Betrieb der Gemeinschaft auch in den Folgejahren für den städtischen Haushalt kostenneutral abzuwickeln.

Bürgermeister Orth bestätigt, dass voraussichtlich Koordinations- und Regiekosten entstünden. Diese würden jedoch über den ohnehin bestehenden Personal- und Kostenaufwand der Projektgruppe Stadtmitte aufgefangen. Mit der neuen Gemeinschaft werde der Stadt demgegenüber ein neues Instrument in die Hand gegeben, die Stadtmitte als Geschäftszentrum neu aufzubauen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

@-> Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die Einrichtung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) für den Bereich Bergisch Gladbach-Stadtmitte zu initiieren und Fördermittel für ein entsprechendes Modellvorhaben beim Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW zu beantragen. Im Falle einer Gründung der ISG wird die Verwaltung beauftragt, sich an ihr aktiv zu beteiligen.

<-(a)

7. Nachtlinienkonzept des RBK 2005

@-> Bürgermeister Orth erläutert, dass dem Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft am 3.05. 2005 eine fast gleich lautende Vorlage vorgelegen habe, die von diesem akzeptiert worden sei.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage offenbar beabsichtigt sei, den Beitrag des Sponsors für die bisherigen Nachtfahrten der Linien 450 und 421 zu Gunsten des neuen Nachtlinienkonzept zu verwenden. Hiergegen bestünden nur dann keine Bedenken, wenn dies rechtzeitig mit dem Sponsor abgestimmt werde und dieser keine Bedenken habe.

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, dass die Förderung des Sponsors für die Buslinie 450 nur für deren letzte Fahrt von Sonntag bis Donnerstag gelte und daher vom Nachtlinienkonzept nicht betroffen sei. Bei der Buslinie 421 sei das Sponsoring bis zum Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres ebenfalls gesichert, weil das Nachtlinienkonzept erst mit diesem Fahrplanwechsel in Kraft treten solle. Allerdings müssten die Sponsoren nach der Sommerpause befragt werden, ob sie das zusätzliche Angebot auf den beiden Linien auch im kommenden Jahr zu unterstützen gedenken. Bis dahin werde voraussichtlich Klarheit über die vom Kreis beabsichtigten Maßnahmen bestehen. Somit werde das Geld der Sponsoren nicht ungefragt für die angedachten Maßnahmen des Nachtlinienkonzeptes in Anspruch genommen.

Nach Auffassung von Frau Ryborsch muss das Nachtlinienkonzept ein Dauerangebot

werden. Auf lange Sicht sei darauf hinzuwirken, ohne Unterstützung von Sponsoren auszukommen. Ein attraktiv gestaltetes Angebot im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs rechne sich. Widmen müsse sich der Hauptausschuss auch dem Erhalt der beiden Schnellbuslinien SB31 und SB42. Sie möchte wissen, welchen Stand die diesbezüglichen Verhandlungen haben.

Bürgermeister Orth versichert, dass sich die Stadtverkehrsgesellschaft für den Erhalt der beiden Schnellbuslinien einsetze. Sofern Entscheidungen anstünden, werde der Hauptausschuss eingebunden.

Herr Dr. Kassner befürchtet eine Benachteiligung des westlichen Bereiches des Stadtteiles Refrath, wenn die geplanten Nachtbuslinien diesen aus ihrem Linienweg aussparten. Dies gelte trotz der Tatsache, dass das bisherige Angebot der Buslinie 450 in vollem Umfang aufrechterhalten bleibe.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass durch das Nachtlinienkonzept insgesamt eine Verbesserung im Bereich des ÖPNV eintrete. Aus Kostenerwägungen könnten allerdings nicht alle Bereiche des Stadtgebietes gleichermaßen angedient werden. Dies sei nicht zu vermeiden.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, dass auf Grund festgelegter Umlauf- und Taktzeiten nur ein begrenzter Linienweg gefahren werden könne. Eine Anbindung von Refrath-West sei daher nur bei einer Erhöhung des Fahrzeugeinsatzes möglich. Die Erfahrungen mit der Buslinie 450 zeigten, dass Refrath- Mitte wesentlich stärker nachgefragt werde als Refrath- West. Es gebe Klagen der Kunden, dass die Anbindung von Refrath- Mitte wegen der von der Buslinie zu fahrenden Schleife zurückstehe.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, wie künftig die Fahrzeiten der Linie 450 und die der neuen Nachtbuslinien im Vergleich aussehen sollen.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, dass es hierzu noch keine abschließende Entscheidung gebe. In diese sei gegebenenfalls der Hauptausschuss einzubinden. Werde das Nachtlinienkonzept wie vorgesehen verwirklicht, stelle sich jedoch die Frage einer sinnvollen Synchronisation des bestehenden Schwachlastangebotes mit dem der neuen Nachtbuslinien. Langfristig stelle sich die Frage, wie künftig mit der Buslinie 450 umgegangen werde. Deren Beantwortung bedinge jedoch zunächst die Entscheidung des Kreises hinsichtlich des neuen Konzeptes.

Frau Koshofer merkt an, dass der Kreis nach ihren Informationen das Nachtlinien-konzept nicht mittragen wolle.

Stadtbaurat Schmickler entgegnet, dass der Kreis noch keine abschließenden Beschlüsse gefasst habe. Dessen Fachausschuss für Verkehr werde sich am 18.05.2005 mit der Angelegenheit befassen.

Herr Schütz weist auf die seit fünf Jahren laufenden Bemühungen seiner Fraktion zur Einrichtung eines Nachtlinienkonzeptes hin. Er bemängelt, dass der Vorlage kein Linienplan beigefügt wurde.

Herr Lang kritisiert, dass der Vorlage keine Angaben über die Kosten des Konzeptes beigefügt wurden. Seiner Auffassung nach müssten die entsprechenden Zahlen bereits

bekannt sein. Er möchte wissen, wie viele Bürger künftig Vorteile und wie viele Nachteile durch das Nachtlinienkonzept haben werden.

Bürgermeister Orth geht davon aus, dass eine überwältigende Zahl von Bürgern Vorteile aus dem Nachtlinienkonzept ziehen werde.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich bei einer Stimme aus den Reihen der CDU folgenden **Beschluss: <-@**

- (a)->
- 1. Der Hauptausschuss nimmt das Nachlinienkonzept 2005 des Rheinisch Bergischen Kreises zur Kenntnis.
- 2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Stellungnahme, wie sie in Ziffer 1-6 der Vorlage dargestellt ist, dem Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises zu übermitteln.

<-(a)

- 8. <u>Brandschutzbedarfsplan der städtischen Feuerwehr;</u> Bericht über die Zielerreichung in 2004
- @-> Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

- 9. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW
- @-> Herr Dr. Kassner regt an, für alle im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Funktionen beim Städte- und Gemeindebund von Nordrhein-Westfalen anfallenden Dienstreisen eine pauschale Dienstreisengenehmigung zu erteilen. Dieses erübrige zum einen die Einholung von Dringlichkeitsentscheidungen wie der vorliegenden und zum anderen eine ständige Neubefassung des Hauptausschusses mit den Genehmigungen.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass dies nur dann möglich sei, wenn die Mitglieder des Rates in den Gremien des Städte- und Gemeindebundes bekannt seien. Diese Voraussetzung habe jedoch bislang nicht vorgelegen. Er kündigt hierzu eine Vorlage an.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

<-(a)

- @-> Die Dringlichkeitsentscheidung vom 21.03.2005 über die Dienstreisegenehmigung für die Mitglieder des Rates Renate Beisenherz-Galas, Lennart Höring, Robert Martin Kraus, Dr. Alfred Lahn, Magda Ryborsch, André Schier, Rosemarie Schu, Günter Schneeloch, Brigitte Schöttler-Fuchs und Klaus W. Waldschmidt zur Teilnahme am Gemeindekongress 2005 und an der 17. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes von Nordrhein-Westfalen am 06.04.2005 in Münster wird genehmigt.
 - <-(a)
- 10. Änderung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen;

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 02.03.2005

@-> Bürgermeister Orth spricht sich für die in der Vorlage dargestellte IV. Alternative aus. Auf Grund der derzeitigen Zusammensetzung des Rates verfüge man noch nicht über eine hinreichende Erfahrungsbasis zur Beurteilung der durch eine positive Entscheidung des Antrages der FDP-Fraktion für die Fraktionsarbeit zu gewärtigenden Folgen. Daher unterbreite die Verwaltung den von ihm favorisierten Kompromissvorschlag.

Frau Schmidt-Bolzmann beantragt, die III. Variante zu beschließen. Ab sofort (11.05.2005) solle bei allen Zuwendungspositionen um 10 Prozent gekürzt werden.

Herr Waldschmidt kritisiert den Antrag der FDP anhand eines Rechenbeispiels, welches er aus Anlass des gleichartigen Antrages der FDP aus dem Jahre 2004 entwickelt habe. 2003 habe die SPD- Fraktion Zuwendungen in Höhe von 34.540 € und geldwerte Leistungen in Höhe von 13.178 € erhalten. Die FDP habe im gleichen Zeitraum Zuwendungen in Höhe von 14.463 € und geldwerte Leistungen in Höhe von 8.009 € erhalten. Würden diese Beträge durch die seinerzeit den Fraktionen angehörenden Mitglieder geteilt, entfalle auf ein Fraktionsmitglied der SPD 3408 € und auf eines der FDP 7.490 €. Bei einer solchen Diskrepanz stelle sich die Frage nach einem grundsätzlichen Überdenken der Finanzierung. Denkbar sei, unter Entfallen des Sockelbetrages einen festen Betrag pro Fraktionsmitglied zu zahlen.

Herr Schütz betont, dass seine Fraktion in den vergangenen Jahren stets zwischen 10 und 20 Prozent des erhaltenen Geldes wieder zurückgezahlt habe. Die KIDitiative sei in der vergangenen Ratsperiode die kleinste Fraktion gewesen. Die SPD- Fraktion erhalte als zweitgrößte im Rat einen weitaus höheren Betrag. Er stimme dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

Frau Ryborsch hält die vorgeschlagene Bedarfsanalyse aufgrund der aktuellen Zusammensetzung des Rates für notwendig. Generell sollte eine solche zu Beginn einer jeden neuen Ratsperiode erfolgen. Sie spricht sich für die IV. Alternative aus.

Sodann lehnt der Hauptausschuss den Antrag von Frau Schmidt-Bolzmann mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP und der KIDitiative ab.

Im Anschluss daran unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

- 1. Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.
- 2. Stattdessen beauftragt der Rat den Bürgermeister, nach Vorlage der Verwendungsnachweise für das Jahr 2005 Anfang des Jahres 2006 eine neue Bedarfsanalyse zu erarbeiten und auf deren Grundlage mit den Fraktionen Gespräche über eine eventuelle Neuregelung der Zuwendungen für die Ausgaben der Geschäftsführung der Fraktionen zu führen.

<-(a)

11. Zuschuss zur Förderung von Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

@-> Herr Lang möchte wissen, weshalb für die Projekte des Frauenbüros Bergisch Gladbach und des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit eine ungekürzte Vergabe erfolge, während der Mietzuschuss für den Kunstbasar von terre des hommes nur gekürzt ausgezahlt werde.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass der Stadtverband eine erheblich größere Zuwendung beantragt habe als nunmehr gewährt werden solle. Projekte des Frauenbüros seien bislang überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Herr Schneeloch hält die Höhe der Summe für das Projekt des Frauenbüros für überzogen.

Bürgermeister Orth antwortet, dass diese Summe eindeutig belegt werden könne.

Hieran hat Herr Waldschmidt keinen Zweifel. Er frage sich jedoch, ob die Höhe tatsächlich notwendig sei.

Dies wird von der Gleichstellungsbeauftragten Fahner bestätigt. Der Gesamtbetrag setze sich aus den Kosten für den Flug, die Übernachtung, die Verpflegung, für in Bergisch Gladbach anfallende Fahrten, Referenten/innen und sächlichen Aufwand zusammen. Sie sei allerdings in ihrer Planung von der ungünstigsten Kostenentwicklung ausgegangen. Selbstverständlich werde sie sich um eine Kostenreduzierung bemühen, so dass das Projekt unter Umständen günstiger abzuwickeln sei.

Bürgermeister Orth ergänzt, dass ein aus dem Projekt des Frauenbüros verbleibender Überschuss ggf. an den Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit weitergereicht werden könne

Herr Dr. Kassner geht davon aus, dass die Auszahlung der Beträge unter dem Vorbehalt eines Wahlsieges von SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN am 22.5.2005 stehe. Trete dieser Wahlsieg nicht ein, werde der Topf, aus dem das Land zahle, gestrichen. Er weist darauf hin, dass Projekte der vorliegenden Art früher auch aus städtischen Mitteln finanziert wurden. Er regt an, die nach dem 22.5.2005 ggf. von einer Streichung Betroffenen rechtzeitig zu informieren.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass der Zuwendungsbescheid des Landes bereits vorliege.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuss dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlussempfehlung:**

<-(a)

(a)->

- Die Landeszuweisung zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wird wie folgt eingesetzt:
 - 1. Projekt des Frauenbüros Bergisch Gladbach zur Stärkung und Unterstützung des Frauenhauses in der litauischen Partnerstadt von Bergisch Gladbach, Marijampole,

4.750,--€,

- 2. Mietzuschuss für den Kunstbasar von terre des hommes 409,-- €,
- 3. Förderung von Projekten des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V. und seiner Mitglieder 5.924,-- €.
- 4. Ein aus dem Projekt des Frauenbüros verbleibender Überschuss wird ggf. an den Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit weitergereicht.

<-(a)

12.1 Bericht aus dem Integrationsbeirat

@-> Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<-(a)

12.2 <u>Veranstaltungs- und Finanzplanung 2005</u>

@-> Herr Albrecht weist auf die beabsichtigte Mitgliedschaft des Integrationsbeirates in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migranten- Vertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) hin. Wenngleich durch die Mitgliedschaft selbst keine Kosten entstünden, sei dies jedoch durch die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte durch die Mitglieder des Integrationsbeirates zu erwarten. Seien diese Kosten im Ausgabenvolumen von bis zu 3.120 € bereits enthalten?

Bürgermeister Orth bestätigt, dass es sich bei der vorgeschlagene Summe um eine Obergrenze handele.

Herr Albrecht wünscht, dass dies explizit festgeschrieben wird.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, bereits jetzt vor der Einbringung und der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2005 zu Lasten des Haushaltsjahres 2005 die in der Vorlage dargestellten Aktivitäten des Integrationsbeirates mit einem Ausgabenvolumen von bis zu 3120 € in die Wege zu leiten und die hierfür notwendigen Verpflichtungen einzugehen.

<-(a)

- 12.3 <u>a) Mitgliedschaft des Integrationsbeirates in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) und b) Wahl der Mitglieder in den Gremien der LAGA</u>
- @-> Der Hauptausschuss unterbreitet dem Rat einstimmig folgende <u>Beschlussempfehlung:</u>

Die Mitgliedschaft des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach in der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NordrheinWestfalen (LAGA) wird beschlossen.

Zum Vertreter des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach im Hauptausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) wird Herr Manfred Schmidt gewählt.

Als sein Vertreter wird Herr Klaus Farber gewählt.

Als Delegierte des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach in der Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA) werden Herr Klaus Farber und Herr Manfred Schmidt gewählt.

Als 1. Vertreter wird Herr Kemal Yildiz gewählt, als 2. Vertreter wird Herr Halil Tecim gewählt.

<-(a)

- 12.4 <u>Mitgliedschaft des Integrationsbeirates im Arbeitskreis Migration und im Stadt-</u>verband für Kunst, Literatur und Geschichte Bergisch Gladbach
- —> Herr Schütz möchte wissen, ob die Zusammenarbeit des Integrationsbeirates als quasi halbstaatliches Gremium mit freien Kulturträgern auf Bedenken stoße.

Dies wird von Bürgermeister Orth verneint, da es sich beim Integrationsbeirat um ein frei gewähltes Gremium handele.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Mitgliedschaft des Integrationsbeirates Bergisch Gladbach im Arbeitskreis Migration und im Stadtverband Kunst, Literatur und Geschichte Bergisch Gladbach wird beschlossen.

<-(a)

13.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.04.2005 zur Regionale 2010

@-> Herr Albrecht begründet den Antrag.

Bürgermeister Orth sichert zu, die Angelegenheit für die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 28.6.2005 vorzusehen und geeignete Beschlussvorschläge zu unterbreiten.

Herr Ziffus kritisiert, dass die Angelegenheit in der vergangenen Ratsperiode durch die CDU- Fraktion nicht aufgegriffen und vorangetrieben wurde.

Bürgermeister Orth weist auf die Verknüpfung mit den Aktivitäten der Projektgruppe Stadtmitte hin und geht davon aus, dass die Stadtmitte im Zentrum der Aktivitäten zur Regionale 2010 stehen werde.

Es besteht Einvernehmen, dass wie von Bürgermeister Orth zugesichert verfahren wird.

<-(a)

13.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.04.2005



Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass sich die Verwaltung im Einvernehmen mit den Fraktionen in Gesprächen mit der Kommunalaufsicht bemühe, den Fortbestand des Eissport- Angebots in Bergisch Gladbach bis zum 31.3.2006 sicherzustellen. Dies korrespondiere mit dem Inhalt der den Fraktionen vorgelegten Konsolidierungslisten, die Maßnahmen für den gesamten Bereich des Sports ab 2006 beinhalteten. Der Eissport werde von den zu erwirtschaftenden Einsparungen mit erfasst werden. Ein Gespräch zu der Angelegenheit finde morgen statt.

Er schlägt vor, hinsichtlich der Finanzierung des Eissports heute keine Entscheidungen zu treffen, sondern die Ergebnisse der Gespräche mit der Kommunalaufsicht abzuwarten. Über diese werde er die Fraktionen kurzfristig unterrichten.

Sodann begründet Herr Albrecht den Antrag seiner Fraktion. Durch die Einsparung der im Antrag benannten Sachbearbeiterstelle könnten etwa 50.000 € erzielt werden. Die betroffene Person könne auf einen Posten im Vermessungsbereich umgesetzt werden und sich dort der Bewertung der Schulimmobilien widmen. Er qualifiziert die Baumschutzsatzung als dirigistisch und hält sie für entbehrlich. Die Bürger besäßen genügend ökologisches Bewusstsein, mit dem Baumbestand in der Stadt sorgsam umzugehen. Orts- und stadtteilprägende Bäume könnten als Bodendenkmal qualifiziert und geschützt werden.

Herr Freese beziffert die mögliche Einsparung aus der Umsetzung des Stelleninhabers auf lediglich 46.000 €. Demgegenüber hätten 2004 aus Aktivitäten des Sachbearbeiters 8.000 € an Leistungsgebühren (nicht zweckgebunden), 9.200 € an Bußgeldern (nicht zweckgebunden) und 26.600 € für Ausgleichsmaßnahmen (zweckgebunden) resultiert. 2004 seien durch den Sachbearbeiter 320 Baumfällungen genehmigt worden. Abgelehnt worden sei die Fällung von 11 Bäumen. Nach einer Beratung hätten 32 Antragsteller ihre Fällanträge zurückgezogen. Eine Aufhebung der Baumschutzsatzung würde Willkürmaßnahmen Tür und Tor öffnen. Er weist auf einen aktuellen Fall in Hebborn hin, dem er noch näher nachzugehen gedenke.

Bürgermeister Orth stellt klar, dass für eine Entscheidung oder Empfehlung hinsichtlich einer Aufhebung der Baumschutzsatzung nicht der Hauptausschuss zuständig sei. Die Zuständigkeit liege vielmehr beim Rat nach einer vorhergehenden Behandlung im zuständigen Fachausschuss. Der Rat habe allerdings bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen die Möglichkeit, die Angelegenheit an sich zu ziehen und sofort zu entscheiden.

Frau Ryborsch geht davon aus, dass der von der CDU- Fraktion in den Raum gestellte Einsparungsbetrag nicht kapitalisierbar sei. Im übrigen sei der betroffene Mitarbeiter behindert und auf Grund dessen im Vermessungsbereich nicht einsetzbar.

Frau Koshofer schlägt vor, entsprechend dem von Bürgermeister Orth aufgezeigten Weg weiter zu verfahren. Die Inhalte der Baumschutzsatzung seien aus ihrer Sicht bedenklich, da jeder Garteninhaber genau zu beachten habe, bis zu welcher Wachstumsgröße er ggf. einen Baum entfernen könne bzw. müsse, um seine Interessen zu wahren.

Herr Nagelschmidt ist damit einverstanden, heute über den Antrag nicht zu befinden, sondern diesen in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zu überweisen. Anschließend könne sich der Rat mit ihm befassen.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

<-<u>(a)</u>

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

a-> Es gibt keine Anfragen.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-(a)